

DOSB Presse, 14.01.2008

Große Anfrage: Bundesregierung ist über Menschenrechtsslage in China besorgt

Bund unterstützt Vertreter des Sports bei der Umsetzung der Olympischen Charta

"Die Menschenrechtssituation in China gibt - trotz einiger Verbesserungen - weiterhin Anlass zur Besorgnis." Das ist der Kernsatz der Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die jetzt veröffentlicht wurde. Als "besonders kritisch" müsse die Lage in den Autonomen Regionen Xinjiang und Tibet angesehen werden. Überhaupt werde gegen politische Dissidenten nach wie vor in der Volksrepublik mit Härte vorgegangen, und lange Haftstrafen würden ausgesprochen, heißt es. Als besorgniserregend wird auch die sogenannte Administrativhaft bewertet: Bis zu vier Jahren Arbeitslager gebe es ohne gerichtlichen Beschluss für Kleinkriminelle, Drogenabhängige oder etwa Falun-Gong-Anhänger.

"Alle genannten Menschenrechtsdefizite werden durch die Bundesregierung in ihren politischen Gesprächen mit der chinesischen Führung und im Rahmen des förmlichen bilateralen deutsch-chinesischen Menschenrechtsdialogs regelmäßig offen und kritisch thematisiert", steht in der Antwort. Am 30./31. Oktober 2006 habe das letzte Treffen stattgefunden - und der letzte EU-China-Menschenrechtsdialog sei am 17./18. Oktober letzten Jahres unter portugiesischer EU-Ratspräsidentschaft in Peking ausgetragen worden. "Im Rahmen des EU-Menschenrechtsdialogs wird China regelmäßig dazu aufgerufen, die mit dem Zuschlag für die Olympischen Spiele eingegangenen Verpflichtungen im Menschenrechtsbereich zu erfüllen. Dazu gehören auch die Vermeidung von Zwangsumsiedlungen und angemessene Entschädigungszahlungen." China habe 2006 immerhin eingeräumt, "dass es in der Vergangenheit aufgrund des hohen Spekulationswertes des städtischen Baugrunds auf lokaler Ebene oft zu Missbrauch und Korruption gekommen sei; dies solle verstärkt bekämpft werden".

Auf die Frage, inwieweit die Bundesregierung mit DOSB und IOC zusammenarbeite, um die Prinzipien der Olympischen Charta sicherzustellen, heißt es: "Für die Bundesregierung gilt der Grundsatz der Autonomie des Sports. Gleichwohl nimmt die Bundesregierung die sich ihr bietenden Gelegenheiten wahr, die Vertreter des Sports bei der Verwirklichung der Olympischen Werte und hierbei insbesondere der Achtung der Menschenrechte zu unterstützen." Und weiter: "Nach Auskunft des DOSB hält sich dieser durch fortlaufenden Kontakt mit Menschenrechtsorganisationen aktuell über die Menschenrechtssituation in China informiert. Entsprechende Informationen werden in verschiedenen, ab November 2007 stattfindenden Schulungen an Mannschaftsleiter und - sobald die Teilnehmer der Olympiamannschaften feststehen - auch an die deutschen Sportler weitergegeben, und diese werden entsprechend für ihren Aufenthalt in China vorbereitet."

Die Große Anfrage war von Grünen-Sportsprecher Winfried Hermann gemeinsam mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer Volker Beck im Sommer 2007 eingebracht worden. Über das Thema wird voraussichtlich noch vor Ostern im Plenum des Bundestags debattiert. Zuvor werden Sportausschuss und Menschenrechtsausschuss des Parlaments in einer öffentlichen Anhörung am 24. Januar über die Menschenrechtsfrage beraten. Eingeladen wurden hierzu vom organisierten Sport DOSB-Präsident Dr. Thomas Bach sowie die Athletinnen Claudia Bokel und Britta Heidemann. Der Tübinger Sportsoziologe Prof. Helmut Digel, auch Vorstandsmitglied des Leichtathletik-Weltverbandes IAAF, wird ein weiterer Sachverständiger sein.

DOSB Presse, 14.01.2008